

Fukushimas unbekannte Seite

«Schutzraumentscheid begrüsst», Ausgabe vom 22. Juni

Der Entscheid des Ständerats, die Schutzraumpflicht beizubehalten, ist begrüssenswert und sicherlich auch eine Reaktion auf die jüngsten Ereignisse in Japan.

Die Katastrophe von Fukushima hat die Schweizer Politik über Nacht verändert und machte allen bewusst, wie schnell sich Rahmenbedingungen wandeln können. Der Beschluss von Bundesrat und Nationalrat für einen Ausstieg aus der Kernenergie war eine direkte Folge davon und gab die Antwort auf eine der grösstmöglichen Bedrohungen für unser Land. Die Eintretenswahrscheinlichkeit einer Nuklearkatastrophe in der Schweiz ist wohl gering, doch sie ist da.

In der Sicherheitspolitik scheint es gerade umgekehrt zu laufen. Die grösstmögliche Katastrophe, nämlich ein Angriff auf die Schweiz, wird sträflich kleingeredet. Die Eintretenswahrscheinlichkeit eines solchen Ereignisses ist momentan etwa gleich hoch wie ein Super-GAU «made in Switzerland», doch auch sie ist da.

Aber für unsere Armee gab es keine Sondersession, und sie wird weiter kaputt gespart. Mit der Auflösung der Festungs-Artillerie Abteilung 13 können zwar 30 Millionen Franken pro Jahr gespart werden. Aber gemessen an dem, was unsere Armee an Kampfkraft verliert, und den Hunderten von Millionen, die alle Steuerzahler in den letzten 20 Jahren schon in diese Systeme investiert haben, sind diese Einsparungen eine Tragödie.

Als der Chef der Armee vor etwas mehr als einem Jahr seine «Bedrohungskarte» vorgestellt hatte, wurde seitens der Classe politique die Nase gerümpft, und die Presse zog ihn ins Lächerliche. Doch nach dem Arabischen Frühling und der Euro-Krise kann wohl niemand mehr wirklich darüber lachen.

Wenn es dem Parlament ernst ist mit der Sicherheit unseres Landes, dann darf man sich nicht auf die AKW beschränken, nur weil es gerade populär ist. Sicherheit muss als Ganzes gesehen werden.

Nach der Katastrophe in Fukushima musste die japanische Armee allein 100 000 Soldaten zu deren Bewältigung einsetzen. Seien wir also auf der Hut vor einem weiteren Abbau der Armee. Es braucht mindestens 120 000 Leute, moderne Kampfjets und fünf Milliarden Franken pro Jahr.

Wir haben es im Herbst in der Hand, Politiker zu wählen, die in den Bereichen Energie und Armee eins und eins zusammenzählen können und wirklich mehr Sicherheit für eine souveräne Schweiz schaffen wollen.

Daniel Wäfler